



Brüder-Grimm-Stadt Steinau an der Straße (Main-Kinzig-Kreis)

Standesamt

Datenschutz-Information für die Bereiche Einbürgerung,
Staatsangehörigkeit, Namensänderung

Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung

Magistrat der Stadt Steinau an der Straße
Brüder-Grimm-Straße 47
36396 Steinau an der Straße
Telefon (0 66 63) 973-0
Telefax (0 66 63) 973-50
E-Mail: magistrat@steinau.de

Behördlicher Datenschutzbeauftragte

Frau Beatrix Priemer
Telefon (0 66 63) 973-48
Telefax (0 66 63) 973-50
E-Mail: datenschutz@steinau.de

Zwecke der Datenverarbeitung

- Staatsangehörigkeitsangelegenheiten
- Einbürgerungsangelegenheiten
- Namensänderungsangelegenheiten

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 lit. e EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU DS-GVO) in Verbindung mit den Vorschriften des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) und des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG)

Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben oder die betroffene Person ist verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen. Eine Nichtbereitstellung der Daten hat eine Ablehnung des Antrags zur Folge.

Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden

Gesundheitsdaten werden, sofern dies zur Sachbearbeitung rechtlich erforderlich ist, erhoben.

Speicherdauer der Daten

Daten bezüglich Staatsangehörigkeits-, Einbürgerungs- oder Namensänderungsangelegenheiten werden solange gespeichert, wie dies für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Daten, die in Anwendung des StAG nicht bei der betroffenen Person erhoben werden

Daten zur Abstammung und den Erwerbs- sowie Verlustgründen der deutschen Staatsangehörigkeit in Generationenfolge, der Dauer und den Rechtsgrundlagen des Inlandsaufenthaltes werden erhoben bei:

- Standesämtern
- Bundesverwaltungsamt
- Ausländerbehörden
- Meldebehörden

Wenn im Einzelfall erforderlich, werden Auskünfte zur Behandlung als Deutsche/r erhoben bei:

- Deutschen Auslandsvertretungen

Daten, die in Anwendung des NamÄndG nicht bei der betroffenen Person erhoben werden

Daten zu Straf- und Ermittlungsverfahren, Einträgen im Schuldnerverzeichnis und zum Inlandsaufenthalt werden erhoben bei:

- Standesämtern
- Polizei- und Justizbehörden
- Meldebehörden

Wenn im Einzelfall erforderlich, werden Auskünfte zum Kindeswohl erhoben bei:

- Jugendämter

Empfänger der personenbezogenen Daten in Anwendung des StAG

- Standesämter
- Bundesverwaltungsamt
- Ausländerbehörden
- Meldebehörden
- Diplomatische Vertretungen
- Regierungspräsidium Darmstadt

Empfänger der personenbezogenen Daten in Anwendung des NamÄndG

- Standesämter
- Justizbehörden
- Ausländerbehörden
- Meldebehörden
- Diplomatische Vertretungen
- Jugendämter

Informationen zu Betroffenenrechten

Auf Ihre Rechte zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Art. 15 bis 21 EU DS-GVO.

Beruhet die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Sie haben das Recht, Beschwerden beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit zu erheben. Postanschrift: Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden, Telefon: 0611 / 1408-0 oder E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de